

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neueste Nachrichten) — (Niederwallener Zeitung)

Anzeigen
kosten die einseitige Kolonelle
oder deren Raum 20 Bg.
Reklamen 60 Bg.

Bezugspreis
monatlich 90 Bg., mit Bringer-
lohn 95 Bg. Durch die Post
bezogen vierteljährlich 2.55 Mk.
auschl. Bestellgeb.

Erscheint: Dienstage,
Donnerstage, Samstage
Druck und Verlag
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter
Wilh. Probst, Schierstein.

Fernruf Nr. 164.

Postcheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Fernruf Nr. 164

Nr. 78

Dienstag, den 8. Juli 1919.

27. Jahrgang

1. Armée District de Wiesbaden Cercle de Wiesbaden
(Campagne). 5489/A.

Avis.

Les Sarrois qui désirent
être rapatriés ont à se
présenter à l'Administrateur
qui les mettra en route sans
qu'ils fournissent des
références suffisantes.

Bekanntmachung.

Die aus dem Saargebiet
flammenden Personen, die
nach ihrer Heimat zurück-
kehren wünschen, haben sich
beim Herrn Militär-Kreis-
verwalter vorzustellen, der
ihnen unverzüglich die Mög-
lichkeit zur Rückreise gibt,
wenn dieselben genügende
Referenzen liefern können.

Wiesbaden, den 4. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

5504/A.

Bekanntmachung.

in Bezug auf Anträge zu Reisepässen.

Die Reiseverkehrsbestimmungen in der Bekanntmachung
vom 13. Mai Nr. 3603/A sind immer gültig.

Was die Anträge auf Reisen betrifft, sind nachstehende
Ergänzungen hinzugefügt: Die Anträge, die nachstehenden
Bedingungen nicht entsprechen, werden zurückgeschickt.

A) Allgemeines!

- 1) Sämtliche Anträge auf Reisepässe werden auf dem
Bürgermeisteramt eingereicht. Selbstüberbringung nach den
Dienststellen der „Administration militaire“ ist untersagt.
- 2) Die Anträge müssen möglichst kurz, klar in französischer
Sprache, oder wenigstens in „lateinischer Schrift“ ge-
schrieben sein.
- 3) Anträge für Reisen in das von den Alliierten Heeren
besetzte Gebiet für Personen, die im Besitze einer roten
Personalkarte sind.

Diese Anträge sollen enthalten:

- 1) Name der Gemeinde.
- 2) Name des Antragstellers.
- 3) Nr. des Personalausweises.
- 4) Adresse.
- 5) Ort, wohin er fahren will.
- 6) Welche Armee besetzt dieses Gebiet.
- 7) Grund der Reise.
- 8) Begründetes Gutachten des Bürgermeisters.

Die Anträge haben nur durch das zuständige Bürger-
meisteramt zu geschehen.

Mit dem Antrage werden vom Bürgermeister Listen
eingereicht, die obige Angaben Nr. 2, 4 und 5 enthalten
müssen.

Die Anträge werden durch den Administrateur geprüft
und dem Bürgermeisteramt genehmigt oder verworfen zurück-
gegeben.

Ist der Antrag genehmigt, so erscheinen die Leute mit
dem Antrag und der roten Personalkarte zu der ihnen an-
gegebenen Stunde auf Zimmer „C“ der Administration
zum Abstempelung des roten Personalausweises.

C) Anträge für Reisen in das französisch besetzte Ge- biet für Personen, die keine rote Karte haben. Gültig für Reisen in das französisch besetzte Gebiet.

- 1) Die Formulare für Reisepässe sind sorgfältig und ganz
auszufüllen. Die Gültigkeitsdaten sind jedoch niemals
im Voraus auszufüllen.
- 2) Angabe des Kreises und Bezirks, in welchem der Wohn-
ort und Reiseziel des Antragstellers sich befindet.
- 3) Bei Frauen ist immer der Mädchenname anzugeben.

D) Anträge für Reisen aus dem von den Alliierten Heeren besetzten Gebiet für Personen, die eine rote Karte haben.

- 1) 2) und 3) wie unter Par. C).
- 4) Hierzu sind immer 2 Photographien beizufügen. Eine
Photographie ist auf dem rechten Abschnitt des Reisepasses
über die Inschrift „Unterchrift des Inhabers“ zu kleben.
- 5) Solche Reiseanträge müssen immer von Beweisunterlagen
begleitet sein und dürfen sich nur auf wirtschaftliche

Angelegenheiten oder auf besonders schwierige Fälle be-
ziehen.

Wiesbaden, den 5. juillet 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Avis.

concernant le Ravitail-
lement des civils privilégiés.

1) Familles des Officiers français ou alliés:

Il est délivré aux Famil-
les d'officiers, une carte
d'alimentation rouge par
les soins du Service de
l'intendance sur demande
de l'officier chef de famille.

Les coupons de ces cartes
doivent être remis soit aux
organes de l'intendance
désignés pour délivrer à
titre remboursable les den-
rées correspondantes, soit
aux restaurateurs chez le-
quels les repas sont pris.

2) Civils français, alliés ou neutres de passage dans la zone de l'occupation française:

Il est délivré à ces per-
sonnes une carte d'alimen-
tation rouge ou verte ana-
logue aux cartes visées ce-
dessus, à demander à l'
Administrateur du cercle en
lui présentant un Sauf-
Conduit.

3) Civils français ou alliés établis avant l'oc- cupation dans la zone de l'Armée:

Dans cette catégorie sont
compris non seulement les
nationaux français, belges,
anglais, italiens, américains
etc., mais encore les Al-
saciens-Lorrains, les Polo-
nais, les Tchéco-Slovaques,
les Yougo-Slaves etc.

Ces personnes perçoivent
par les soins des organismes
allemands de ravitaillement,
la cation de vivres, au taux
moyen.

Toutes les personnes
auxquelles il accorde cette
autorisation se réunissent en
un groupe dans chaque
localité.

Le Président de chacun
de ces groupes établit cha-
que semaine un Bon de
tailleur la nature et la quan-
tité des denrées à toucher,
et soumet ce Bon au visa
de l'Administrateur de
cercle. Contre remise de
ce Bon ainsi visé, il per-
çoit en bloc, contre rem-
boursement les denrées
auprès de l'intendance
française.

Wiesbaden, den 3. Juli 1919.

Le Commandant de Juvigny,
Administrateur militaire du Cercle
de Wiesbaden (Campagne).
signé: de Juvigny.

Bekanntmachung.

betreffend die Verpflegung
der besorgten Zivilisten.

1) Französische oder al- lierte Offiziersfamilien:

Französische oder allierte
Offiziersfamilien werden auf
Nachsuchen des Offiziers
(Familienoberhauptes) durch
die Intendantur rote Lebens-
mittelkarten ausgegeben.

Die Kartenabschnitte wer-
den entweder den belg. Or-
ganen der Intendantur zum
Ankauf von Lebensmitteln
gegeben, oder dem Restau-
rateur (Hotel, Wirtschaft
u. a.) bei denen die Familien
ihre Mahlzeiten einnehmen.

2) Durchreisende oder seit der französischen Be- setzung in der Armeezone befindliche französische, al- lierte oder neutrale Zivil- isten:

Diesen Personen werden
nach Ansuchen bei dem
Militär-Kreisverwalter (Ab-
schnitt der obengenannten) rote
oder grüne Lebensmittel-
karten ausgestellt bei Vor-
lage des Reisepasses.

3) Die französischen oder alliierten Zivilisten, die sich vor der Besetzung in der jetzigen Armeezone befun- den haben; unter diese Kategorie fallen nicht nur die von französischen, bel- gischen, italienischen, ameri- kanischen, englischen usw., sondern auch die Est- und Volhinger, Polen, Tscheko-Slo- waken, Yougo-Slawen usw.

erhalten durch die deutschen
Behörden die tägliche Kopf-
menge Lebensmittel. Der
Militär-Kreisverwalter kann
den obengenannten Personen
auch Lebensmittelzulagen der
Intendantur genehmigen.

Die Personen, denen der
Militär-Kreisverwalter diese
Lebensmittel zukommen läßt,
treten in jeder Gemeinde in
eine Gruppe zusammen.

Der Gruppenvorstand
jeder Gemeinde hat wöchent-
lich eine nach Art und
Quantität der zu empfangen-
den Lebensmittelliste aufzu-
stellen, die er dem Herrn
Militär-Kreisverwalter zur
Unterschrift vorzulegen hat.

Bei Abgabe dieser Liste bei
der französischen Intendantur
erhält er gegen Bezahlung
die Lebensmittel im Ganzen.

Die Auslieferung des Kaisers.

mz. Paul „Telegraaf“ hat Sir Henry Dalziel im
englischen Unterhaus an die Regierung die Frage ge-
richtet, ob bereits Verhandlungen zwischen den Alliierten
und den Niederlanden über die Auslieferung des ehe-
maligen Kaisers stattgefunden haben und wenn ja, zu
welchem Ergebnis die Verhandlungen geführt haben.
Der parlamentarische Mitarbeiter der „Times“ hebt hervor,
daß das Wort Auslieferung im Friedensvertrag nicht
genannt werde, und daß dieser Teil auch im gewöhnlichen
Befehl nicht vorgelesen sei. Jeder Schritt, der in dieser
Frage unternommen werde, sei ein Novum in der Ge-
schichte.

Die Auslieferungsliste.

Der „Düsseldorfer Zeitung“ wird von neutraler Seite
geschrieben: Es verlautet, daß bis jetzt 167 Personen
auf der Auslieferungsliste stehen. An ihrer Spitze der
Kaiser, dann folgt der Kronprinz. Von höhern Offizieren
sollen verlangt werden Hindenburg, Ludendorff, Falkenhayn,
v. Einem, Heringsen, Kluck, Mackensen, Feseler, Viman
v. Sanders, Falkenhayn, der als Vessings Nachfolger
Gouverneur von Belgien war, und unter andern General
v. Heinrich der frühere Gouverneur von Lille. Aus den
Kreisen der Marine werden Tirpitz, Capelle, Hipper, Scheer,
Mücke, Graf Dohna, der Kommandeur der „Möwe“, und
unter andern noch 53 U-Boot-Kommandanten gefordert.
Von Staatsmännern soll die Auslieferung v. Bethmann
Hollweg gefordert werden. Ferner die Staatssekretäre
des Auswärtigen Amts v. Jagow und Zimmermann,
sodann der frühere Staatssekretär Helfferich wegen dessen
Propaganda für den U-Bootkrieg. Den Schluss der Aus-
lieferungsliste bilden einige Privatleute; an ihrer Spitze
steht Röschling, den der Verband als Ratgeber Ludendorffs
bei der Vernichtung der belgischen und französischen
Industrien ansieht. Einzelne wünschen auch Walter
Rathenau und Geheimrat Nernst vor Gericht gestellt zu
sehen. Rathenau soll aus Organisations des deutschen
Kriegsrohstoffamts der deutschen Heeresleitung den Rat
gegeben haben, als belgischen Fabriken Maschinen usw.
alle für Deutschland verwendbaren Metalle herauszuziehen,
und Geheimrat Nernst gilt bei dem Verbands als der
Erfinder des deutschen Gaskrieges.

Das Abkommen über die besetzten Gebiete.

mz. Berlin, 7. Juli. Wie die „Deutsche Allg.
Zeitung“ zu dem Abkommen über die besetzten Gebiete
erfährt, hat trotz der grundsätzlichen Annahme das
Auswärtige Amt wegen der ungewöhnlichen Härten
des Abkommens nochmals Clemenceau Verhandlungen
vorgeschlagen. Clemenceau hat sich zu Besprechungen
grundsätzlich bereit erklärt. Die Verhandlungen werden
vom Reichsministerium des Innern geführt, das den
Unterschiedssekretär Bewald beauftragte, den von ihm
zum Reichskommissar für die Rheinlande ernannten
Regierungspräsidenten von Köln, v. Starch, nach Ber-
lin zu begleiten.

Eine Uebergangsperiode.

mz. Bern, 7. Juli. Wie der Pariser Korrespondent
der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt, wird die endgültige
Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland weder
die unmittelbare Aufhebung der Maßregeln noch die der
Postkontrolle zur Folge haben. Für die Dauer der Ueber-
gangsperiode sind von allen englischen und französischen
Sicherheitsbehörden mit Rücksicht darauf, daß die Gefahr
des Eindringens bolschewistischer Propaganda immer noch
besteht, Sondervorschriften festgesetzt worden. In dem Maße,
in dem Deutschland seinen Willen beweist, werden die jetzt
geltenden Bestimmungen gemildert werden. Neuerungen
militärischer Art in Deutschland über die Aussichten einer
Revolution in Frankreich veranlassen die französischen Be-
hörden auf der Hut zu sein. Die Militärzensur wird fort-
bestehen. Auch die neutrale Post wird von der Zensur
betroffen.

Die Ratifikation.

mz. Berlin, 7. Juli. Der Staatsauschuß hat
der Ratifikation des Friedensvertrages zugestimmt.

Der Friedensvertrag.

Die Ratifizierung.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Legationsrat Frhr. v. Zersner, übermittelte Clemenceau folgende Note: Die deutsche Regierung nimmt an, daß der Friedensvertrag selbst nicht dagegen das Protokoll und die Vereinbarung über die besetzten Gebiete, zu ratifizieren sind. Diese Erklärungen darf ich um Neuerung bitten, ob die alliierten und assoziierten Regierungen diese Auffassung teilen. Sollten die alliierten und assoziierten Regierungen auch die Ratifikation des Protokolls und der Vereinbarung beabsichtigen, so würde dies auch deutschseits geschehen. Wäre es nicht wohl für den Friedensvertrag und für das Protokoll eine gemeinsame Ratifikationsurkunde angefertigt werden. Eure Erklärungen würden mich durch eine baldige Antwort zu Dank verpflichten.

Der Vertrag.

Die mit der Aufsicht über die Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland betraute Kommission versammelte sich am Samstag Nachmittag unter dem Vorsitz Tardieu und beschäftigte sich hauptsächlich mit den einschlägigen Wegen. Sie erkennt die Notwendigkeit der Bildung von Sonderkommissionen an. Die eine derselben wird dahin beauftragt, an Ort und Stelle die Grenzberichtigungen für Polen, wie sie in dem Vertrag vorgesehen sind, durchzuführen. Der Oberste Rat der Vier versammelte sich um 3 1/2 Uhr nachmittags. Es nahmen teil: Clemenceau, Balfour, Lansing, Tittoni und Wilson. Der Rat besprach die ungarische Frage. Nach einem Meinungswechsel stellte er fest, daß es unmöglich sei, mit der Regierung Bela Kuns einen Frieden abzuschließen und daß sich dadurch die Aufrechterhaltung der Blockade aufdränge, obwohl ihre Verwirklichung nicht mehr bei der revolutionären Mehrheit sichtbar sei, da sie an der Spitze des Landes stehe und für sich und ihre Anhänger alles vorwegnehme.

von Zersner.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Frankreich, Frhr. von Zersner, übermittelte Clemenceau folgende Note: Im Auftrag des Reichsministers des Auswärtigen beehre ich mich, Eure Erklärungen anzunehmen, daß ich zum Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation ernannt wurde. Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

(gez.) Frhr. von Zersner.

Die Auszuliefernden.

Die britische Admiralität reichte eine Liste von 21 deutschen Marine- oder anderen Offizieren an, darunter viel Unterseebootkommandanten, die besonders barbarischer Taten beschuldigt sind. U. a. wird ihnen vorgeworfen, offene Hafenstädte der englischen Küste bombardiert und Minen unter ungesetzlichen Umständen gelegt zu haben. Einige der Genannten befinden sich augenblicklich in den Händen der Engländer. Alle alliierten Regierungen stellen eigene Listen der Personen auf, die ausgeliefert werden müssen. Die vollständige Liste wird der deutschen Regierung innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Friedensvertrages mitgeteilt werden.

Wie die „Zürcher“ nach einer Londoner Meldung wissen will, würden die deutschen Offiziere, die für die Verbrechen von Löwen verantwortlich seien, zum Tode verurteilt werden, ebenso die U-Bootkommandanten, die Hospitalschiffe versenkt hätten. Die Aburteilung geschehe durch ein englisches Gericht. In den Fällen, wo es sich um Verstöße gegen Jurisdiktion verschiedener Staaten handle, trete ein gemisch-

tes Kriegsgericht zusammen, das ebenfalls seinen Sitz in London habe. Der Kaiser und der Kronprinz würden nicht zum Tode verurteilt, sondern mit lebenslänglicher Verbannung auf eine Insel bestraft werden.

Vom früheren Kaiser.

Wie die Berliner Blätter melden, sandte Prinz Eitel Friedrich an den König von England ein Telegramm, in dem er erklärt, sich mit seinen jüngeren Brüdern in Ausübung selbstverständlicher Sohnes- und Offizierspflicht, an Stelle des Kaisers für den Fall der Auslieferung zur Verfügung zu stellen, um ihn hierdurch den entscheidenden Gang zu ersparen.

Nach einer Amsterdamer Meldung berichtet die „Associated Press“ aus London, die Holländer würden den früheren deutschen Kaiser ausliefern. Das britische Ministerium habe bereits Zusicherung erhalten, daß gegen die Auslieferung kein Widerstand geleistet werden würde.

Die deutschen Kolonien.

Eine Durchsicht des Tages der Unterhausrede Lloyd Georges ergibt, daß er erklärte, Südafrika werde ein integrierender Bestandteil der Südafrikanischen Union und Deutsch-Guinea zu Australien kommen.

Den englischen Blättern vom 4. Juli zufolge, sagte Lloyd George in seiner Rede vom 3. Juli über die deutschen Kolonien: In einigen Kolonien ist eine überwältigende Menge von Beweismaterial vorhanden, daß Deutschland die Eingeborenen grausam mißhandelte. Wenn trotzdem Deutschland diese Kolonien zurückgeben würden, wobei es Gelegenheit zu Repressalien hätte, so wäre das ein niedriger Treubruch. Es geht nicht nur um die Behandlung der Eingeborenen. Denkt nur daran, was für ein Gebrauch Deutschland sonst von seinen Kolonien gemacht hat. Südafrika hat es dazu benutzt, um einen Aufstand gegen die südafrikanischen

Kolonien zu erwecken. Die anderen Kolonien hat es benutzt als Basis für Deutzejüge gegen den Handel aller Länder in jenen Meeren. Die Rückgabe wäre also Torheit von uns. Wir würden damit Deutschland neue Gelegenheit zu künftigen Unrecht gegeben haben. — Dazu bemerkt das B. Z. B.: Es ist nicht überraschend, daß Lloyd George es angebracht hält, zur Begründung des an Deutschland begangenen Kolonialtraubes sich stärker in Behauptungen als in Beweisen zu zeigen. Der englische Ministerpräsident würde in die größte Verlegenheit kommen, wenn er die Wahrheit dieser Behauptungen vor unparteiischer Stelle beweisen sollte. Deutschland war mit Haltung der Eingeborenen ganz zufrieden. Es hätte also kein Grund zu irgendwelchen Repressalien vorgelegen.

Vom Saarbecken.

Als Kandidat des Saarlandes für den Konferrat wurde vor einiger Zeit der Name von Hochmetzger genannt. Demokratische Blätter des Saargebietes bringen jetzt die Meldung, daß der Buchdruckerbesitzer und Herausgeber der „Saarbrücker Zeitung“, H. S. S. für diesen bedeutungsvollen Posten in Aussicht genommen. Dieser gehört zu den alleingefessenen Familien des Saargebietes.

Frankreich und Deutschland.

Dem Vertreter eines Pariser Blattes gegenüber erklärte der französische Generalpostdirektor, die normale Postverbindung mit Deutschland würde nach der Ratifikation des Friedensvertrages nicht hergestellt werden. Deutschland werde größere Bewegungsfreiheit in dem Maße eingeräumt, als es seine Verbindlichkeiten erfüllte. Es werde jedoch grundsätzlich die Zensur und

das Waffenstillstandsregime auf unbestimmte Zeit fortbauern.

Zur Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

—* Zur Behandlung der Beamtenfrage hat sich auf Veranlassung des Zentrumsabgeordneten Rade ein Zigebriger Ausschuss aus der Nationalversammlung gebildet. Dadurch wird ein unerwünschter Wettlauf zwischen den Parteien bei der Behandlung von Beamtenfragen vermieden.

—* In Sachsen wird es in dieser Woche einer Neubildung der Regierung blicken. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden Demokraten einige Ministerien, vor allem das Finanzministerium, vielleicht auch das Kultusministerium an das Justizministerium für sich beanspruchen. Jedenfalls sicher, daß das Ende der rein sozialistischen Regierung in Sachsen bevorsteht.

—* Es verlautet, daß Ministerpräsident Baumbach in seiner programmatischen Rede, die er in der Nationalversammlung zu halten gedenkt, unter anderem ausführen wird, daß die Zwangswirtschaft nunmehr zielbewußt abgebaut wird und der Handel wieder einen größeren Spielraum bekommen soll. Die Tätigkeit der Kriegsgesellschaften soll möglichst eingeschränkt und bis auf das zulässige Minimum beschränkt werden. Die Vorräte werden den Industrien zur Verarbeitung zugeführt werden. Die verfügbare Tuche will man dem Handel übergeben. Eine Einschränkung, die die Rücksicht auf die mindere Bevölkerungszahl erfordert.

Allerlei Nachrichten.

Der Eisenbahnerstreik.

In einer Sonntag nachmittag stattgefundenen Eisenbahnerversammlung der streikenden Eisenbahner wurde beschlossen, den Streik abbrechen und die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Dazu wurde auf Grund der von den Vertrauensleuten in verschiedenen Vorversammlungen gefassten Beschlüsse eine Resolution angenommen, in der es u. a. heißt: Der Streik wird empfohlen. Die Forderungen werden aufrechterhalten, besonders das Verlangen nach dem Räteystem als innere Betriebsanordnung. Die gesamte Kollegschaft wird aufgefordert, sich für die bei Sackau bereit zu halten.

Die rheinische Republik.

Wie französische und englische Blätter mitteilen wurde gelegentlich des Besuches, den Ministerpräsident Ulrich dem General Mangin abstattete, auch die Frage der Bildung einer mittelhessischen Republik diskutiert. Die Mitteilung ist richtig. Man erwägt eine mittelhessische Republik zu errichten, die im wesentlichen aus dem bisherigen Großherzogtum Hessen, aus Alt-Raffau, aus der bayerischen Pfalz und aus dem Rheintal mit Einziehung eines Teiles vom Saarland bestehen soll.

Heimkehr.

Im Saargebiet und in der Westpfalz sind wieder weitere Jüge mit deutschen Kriegsgefangenen eingetroffen, die sehr bekräftigt sind. Etwa 800 Gefangene und Kranke sind bisher eingetroffen.

Unter Glockengeläute liefen der russische Dampfer „Christian Rebe“ und der bulgarische Dampfer „Bo-

In Jostas Gesicht stieg eine helle, freundige Sonne. Sie hatte Hennig sehr gern und freute sich auf seinen Kommen. Daß dies bald bevorstand, wußte sie. Deshalb hatte sie heimlich an ihn geschrieben. Er sollte von Berlin eine von ihr bestellte Zeichnung mitbringen für einen Wandteppich, den sie für Rainer als Weihnachtsgeschenk arbeiten wollte. Sie war eine sehr geschickte Stickerin und hatte schon manche kunstvolle Arbeit gefertigt. Die Zeichnungen ließ sie in einem kleinen Atelier anfertigen. Für den Wandteppich hatte sie die Wappen der Rambergs mit einem Spruchband gemacht, das den Wahlspruch der Grafen Ramberg:

Mit Waffen und Wehr

Für Gut und Ehr

tragen sollte. Und weil sie Rainer damit überraschen wollte, mochte sie die Zeichnung nicht durch die Post schicken lassen. So hatte sie Hennig gebeten, ihr die Zeichnung mitzubringen.

Das war das ganze Geheimnis, welches der in Geheimfach aufbewahrte Brief barg, den sie nun unauffällig mit den anderen Briefen in die Posttasche geschoben hatte.

Gräfin Gerlinde deutete natürlich auch Jostas freudiges Erröten in ihrem Sinne. Aber auch Graf Rainer sah dies Erröten seiner Frau, und in bitterer Resignation sagte er sich:

„Sie sehnt sich nach Hennings junger, froher Gesellschaft. Er wird ihr mehr sein können als ich.“

Gräfin Gerlinde blieb bis nach dem Abendessen im Schloß Graf Rainer begleitete sie nach Dunkelwerden immer ritterlich bis an ihre Wohnung. Auf dem Wege setzten sie gewöhnlich ihre Unterhaltung fort.

Heute sagte die Gräfin, als sie ins Freie getreten waren: „Wenn Hennig erst hier ist, wird es lustiger bei uns werden. Er ist ein so überaus sonniger, fröhlicher Mensch. Ich freue mich, daß er kommt.“

„Ja, ich freue mich auch“, antwortete Graf Rainer herzlich.

„Wie geht es ihm? Ihr habt doch wohl fleißig mit ihm korrespondiert, du und Josta?“

Graf Rainer ahnte nicht, was diese Frage bezweckte.

(Fortsetzung folgt.)

Note Rosen.

Roman von H. Courths-Mahler.

74) Nachdruck verboten.

Rasch trat sie an das Fenster und hielt den Brief gegen das Licht, um zu versuchen, ob man etwas von dem Inhalt auf diese Art entziffern konnte. Aber vergebens, das Papier war viel zu stark und un durchlässig. Mächtig legte sie das Schreiben wieder in das Geheimfach. Immerhin war ihr Streifzug nicht ganz erfolglos für sie gewesen. Sie wußte nun wenigstens, daß Josta mit Henning korrespondierte, und daß sie diesen Brief hatte sorglich verbergen wollen. Es war also anzunehmen, daß Rainer nichts von diesem Briefe wissen sollte. Das ließ auf ein geheimes Einverständnis zwischen Josta und Henning schließen. So kombinierte Gräfin Gerlinde frohlockend. Was man wünscht, glaubt man gern. Sie sah sich ihrem Ziele um vieles näher gerückt durch die Tatsache, daß Josta und Henning im Briefwechsel standen. Ob es ein heimlicher Briefwechsel war, wollte sie bald ergründen.

Wertvoll war ihr nun auch, daß Josta diesen Brief in dem Geheimfach barg. Lag auch ihr Tagebuch heute noch nicht darin, so schien doch Josta die Absicht zu haben, dieses Fach zu benutzen für Sachen von Wichtigkeit. Es würde also jedenfalls gut und nützlich sein, dies Fach einer ständigen Kontrolle zu unterwerfen.

So verließ sie nicht ganz unbefriedigt Jostas Boudoir und ging nach dem Witwenhaus zurück. — In diesem Tage fand sich Gräfin Gerlinde zur Teestunde noch zeitiger im Schloß ein, als sonst. Sie wußte, daß um diese Zeit Rainer die Posttasche abzufertigen pflegte und wollte kontrollieren, ob Josta den Brief an Henning in die Posttasche legte, oder ob sie ihn heimlich auf andere Weise beförderte.

Sie trat mit Josta zugleich in das Zimmer, wo meist der Tee eingenommen wurde, wenn das Wetter es nicht gestattete, daß man dies auf der Terrasse tat. Ueber Mittag war ein Gewitter niedergangen, und draußen war alles naß, wenn auch die Sonne schon wieder schien. So nahm man heute den Tee im Zimmer.

Gleich nach den beiden Damen trat Graf Rainer ein. Er trug die Posttasche, in der sich seine Post-sachen bereits befanden, unter dem Arm.

„Habt Ihr Briefe zu befördern?“ fragte er die Damen. Gerlinde pflegte ihre Post mit herüber zu bringen, um sie in die Posttasche zu geben. Heute verneinte sie. Aber Josta erhob sich schnell.

„Einen Augenblick, Rainer, ich hole meine Post gleich herüber, ich vergaß sie auf meinem Schreibtisch.“

„Laß sie doch durch einen Diener holen, Josta“ sagte Gerlinde schnell.

Aber die junge Frau war schon an der Tür.

„Ich tue es gleich selbst.“

Gespannt wartete Gräfin Gerlinde, was nun geschehen würde. Daß Josta die Briefe holte, war schon auffällig. Gerlinde meinte, sie fange es nicht sehr geschickt an, wenn sie etwas zu verbergen hatte. Jedenfalls wollte sie ihr zu Hilfe kommen, indem sie Rainers Interesse ablenkte.

Gespannt wartete sie auf Jostas Erscheinen.

Nach kurzer Zeit kam diese zurück und hielt mehrere Briefe in der Hand. Sie schob dieselben selbst in die offen vor Rainer liegende Brieftasche.

„So fleißig hast du heute korrespondiert?“ fragte er scherzend.

Josta wurde nicht einmal rot oder verlegen, wie Gräfin Gerlinde konstatierte.

„Ich hatte eine Menge Briefschulden, Rainer“, antwortete sie ruhig.

„Gar nicht so übel“, dachte die Gräfin, „das hat die kleine Frau ganz geschickt gemacht. Rainer hat sicher keine Ahnung, daß sich unter Jostas Briefen einer an Henning befand. Wir wollen nun einmal weiter sondieren, sobald die Posttasche fortgeschickt ist.“

Graf Rainer verschloß die Tasche und übergab sie einem Diener zur Beforgung. Als dieser sich entfernt hatte, sagte Gräfin Gerlinde wie beiläufig:

„Nun wird ja wohl Henning bald nach Ramberg kommen. Die Mannöver sind doch zu Ende.“

Graf Rainer nickte lächelnd.

„Ja, er hat sich heute angemeldet. Am Sonntag wird er eintreffen.“

Antin" mit 4000 aus Saloniki heimkehrenden Kriegern an Bord, in die Schiffe in Brunsbüttelsoog ein. Der erste Transport ging am Abend nach dem Durchgangslager und dem Lohndücker Lager ab, der Rest wird in Brunsbüttelsoog untergebracht.

Springorum verurteilt.

Wie die „D. Z. a. M.“ erfährt, ist der stellvertretende Regierungspräsident von Wiesbaden, Springorum, vom französischen Gericht zu 3 Monaten Gefängnis und mehreren tausend Franken Geldstrafe verurteilt worden, da er einen für die Berliner Regierung bestimmten Brief durchzuschmuggeln versuchte.

Der russische Bolschewismus.

Lenin soll Rumänien den Frieden angeboten haben. Danach würde Rumänien in den Besitz Besarabiens kommen unter der Bedingung, daß Rumänien weder den Ukrainern, noch den Anhängern bolschewistischer Unterführung gewähren würde. Träfe diese Bedingung zu, so wäre dieses Friedensangebot in dem Augenblick erfüllt, in dem die russische Sowjet-Republik gegen die auf Petersburg vordringenden Finnen einen ganz bedeutenden Erfolg errungen hat. Nach Berichten finnischer Blätter ist die finnische Armee in einer verzweifelt Lage. Die Operationen der Gegner der Sowjetrepublik gegen Petersburg geraten immer aufs Neue ins Stoden. Seit Monaten wird der Fall der ehemaligen Hauptstadt des früheren Zarreiches von den Feinden der Bolschewisten prophezeit, aber von Monat zu Monat erweisen sich diese wiederholten Prophezeiungen als falsch. Petersburg hält sich nicht nur, sondern die konzentrisch vordringenden Feindarmeen lassen zum Teil in einer Krise. Es ist nicht unmöglich, daß der energische Trost diese ansehend günstige militärische Lage an der Petersburger Front ausnützen, und daß er zu einem entscheidenden Schlage an dieser Stelle ausführen möchte. Zu dem Zwecke muß ihm viel daran liegen, den Rücken im Südosten Rußlands frei zu bekommen. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß er die Rumänen durch das Angebot Besarabiens von einem Zusammenschließen mit Kollischal abzubringen sucht. Die Nachricht von dem Waffenstillstands- und Friedensangebot braucht, wenn sie sich bestätigen sollte, keineswegs als Ausdruck des Schwächegefühls der Sowjet-Regierung aufgefaßt zu werden.

Seelenstreit in Italien.

Die Seelen in Italien sind in den Streit eingetreten. Die Häfen von Capri, Sorbus, Venedig und Trient sind gesperrt worden. Es kam zu erheblichen Unruhen. Polizei und Truppen griffen ein. Viele Soldaten wurden verwundet. In verschiedenen Hafenstädten mußte sogar Kavallerie eingreifen. In den Straßen von Vort kam es zu heftigen Zwischenfällen. Man befürchtet, daß auch andere Städte sich der Bewegung anschließen. Große Demonstrationen ziehen mit roten Fahnen unter Abhängen der Marschallise durch die Straßen.

Die Türken und Griechen.

Die schweren Friedensbedingungen scheint die Türkei zu einer Widerstandskraft bewegen zu haben. Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die jetzige Regierung, die aus den Gegnern der Kriegspolitik Enver Paschas zusammengesetzt ist, unter der Erbitterung der öffentlichen Meinung über die mißglückten Friedensverhandlungen in schwere Erschütterung geraten ist, und daß die Jungtürken, die während des Krieges die Macht in der Hand hatten, wieder Aussicht haben, Oberwasser zu erlangen. Den ersten Hieb der wieder erwachten türkischen Kriegesenergie hat sich gegen die Griechen entladen. Letztere sind zunächst in Smyrna in arge Bedrängnis geraten, nachdem sie dort vorher schwere Unluten durch Massaker gegen die türkische Bevölkerung verübt hatten. Die Griechen sind aus dem eben erst besetzten Aidin wieder hinausgeworfen worden. Aidin liegt 100 Kilometer südöstlich von Smyrna und etwa 50 Kilometer landeinwärts. Die Griechen werden also allem Anschein nach auf den Küstensaum zurückgedrängt. Schon am 26. Juni hat Reuter gemeldet, es bestünde die Befürchtung, daß die griechischen Truppen durch die Türken ganz aus Kleinasien heraus geschlagen würden.

Palästina den Juden.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ wird dem jüdischen Korrespondenzbüro aus Paris gemeldet, daß in dem Friedensvertrag mit der Türkei deutlich formuliert wird, daß Palästina den Juden als nationaler Wohnsitz unter englischem Protektorat zuerkannt sei. Die offizielle Sprache werde die englische, hebräische und arabische sein.

Kleine Meldungen.

Berlin. Die Plenarverhandlungen der Nationalversammlung über die Ratifizierung des Friedensvertrages beginnen voraussichtlich am Mittwoch. Hierbei wird der Reichsminister des Auswärtigen, Hermann Müller, zur Rede Lloyd Georges das Wort ergreifen. Ministerpräsident Bauer wird eine programmatische Erklärung abgeben.

Berlin. Der Gesandte v. Santei ist zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden. Er hat die Funktionen seines neuen Amtes bereits übernommen.

Bern. In Bologna suchte die Regierung der Bolschewegung gegen die Forderung dadurch vorzukommen, daß sie kurzerhand 21 Lebensmittelhändler ins Gefängnis werfen ließ.

Bern. Nach dem „Progres de Rhod“ versichert man in Paris, daß durch das in Vorbereitung befindliche Amnestiegesetz 150 000 Personen begnadigt werden würden.

Amsterdam. „Nieuws van den Dag“ meldet aus Paris: Die chinesische Delegation ist telegraphisch angewiesen worden, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. China kann damit in den Völkerverbund aufgenommen werden.

Die Lebensmittel-Versorgung.

Der Reichsernährungsminister hat folgenden Erlaß an die Freistaaten, Kommunalverbände und Gemeinden gerichtet:

Um die Absichten, die mit der Verbilligung der ausländischen Lebensmittel verbunden sind, zur vollen Durchführung zu bringen, bedarf es einer bereitwilligen Mitarbeit der Gemeinden und Kommunalverbände. Die Preisfestsetzung ist in der Weise erfolgt, daß den Kommunalverbänden die Ware zum billigsten Preise zur Verfügung gestellt wird. Es muß nun dafür gesorgt werden, daß nicht Zuschläge von Zwischenstellen und Zwischenhändlern genommen werden, die die Verbilligungsabsichten teilweise unwirksam machen. Auf Grund dessen wird folgendes bestimmt: Die Gemeinden oder die Gemeindeverbände haben für die ausländischen Lebensmittel, insoweit die Preise mit den bereits geltenden Kleinverkaufspreisen für inländische Lebensmittel nicht übereinstimmen, örtlich Kleinverkaufspreise festzusetzen. Hierbei wird die Beachtung folgender Grundsätze empfohlen: Bei Reis, Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 3.50 Mark je Kilogramm. Zuschlag für Gemeinde und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinverkäufers 20 Pfennig je Kilogramm. Zuschlag für den Kleinverkäufer 30 Pfennig je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 2 Mark. Bei Hülsenfrüchten, Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 2 Mark je Kilogramm, Zuschlag für Gemeinde und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinverkäufers 20 Pfennig je Kilogramm, Zuschlag für den Kleinverkäufer 30 Pfennig je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 1.25 Mark. Bei Mehl, Abgabepreis der Reichsstelle an die Kommunalverbände 1.30 Mark je Kilogramm, Zuschlag für Gemeinde und Großhändler einschließlich Fuhrkosten bis zur Geschäftsstelle des Kleinverkäufers 20 bis höchstens 22 Pfennig je Kilogramm, Zuschlag für den Kleinverkäufer 14—16 Pfennig je Kilogramm. So ergibt sich ein Pfundpreis im Kleinverkauf von höchstens 82 bis 84 Pfennig. Bei Fleisch und Speck sind den Abgaben die Kalkulationen zugrunde zu legen. Sie werden in der Regel ermöglichen, daß in kleinen und mittleren Städten das Fleisch, das zu 7.60 Mark je Kilogramm abgegeben wird, zu 9 Mark je Kilogramm an den Verbraucher abgegeben werden kann, in größeren Städten, insbesondere wenn Pöschfleisch hinzukommt, je 9.50 Mark je Kilogramm. Bei Speck, der zu 6.80 Mark je Kilogramm abgegeben wird, sind höchstens die Zuschläge zu berechnen, die durch die Verordnung der Reichsstelle vom 11. September 1918 und Ausführungsbestimmungen vom 20. September 1918 und 25. Oktober 1918 zu diesem zulässig sind. Kondensierte Milch, die zu 1.50 Mark je Dose abgegeben wird, wird zu 1.80 Mark an den Verbraucher abgegeben werden können. Bei ausländischen Kartoffeln, bei denen für alte Kartoffeln der alte Preis in den Kommunalverbänden 20 Pfennig das Pfund und für Frühkartoffeln 30 Pfennig das Pfund beträgt, sind die Zuschläge für Gemeinde und Handel nach denselben Grundsätzen zu berechnen, nach denen ab 1. Juli diejenigen für inländische Kartoffeln berechnet werden. Wo bisher Milchpreise für ausländische und inländische Kartoffeln bestanden, hat eine entsprechende Ermäßigung einzutreten. Bei den Kommunalverbänden und Gemeinden dürfen Ueberschüsse aus der Verteilung der ausländischen Lebensmittel nicht erzielt werden.

Erhöhung der Retraction.

Wie verlautet, soll die Retraction vom 1. August ab von 110 auf 150 Gramm pro Kopf und Woche erhöht werden. Unzweifelhaft soll die bisherige Speckverteilung auf das ganze Reich ausgedehnt werden, da genügende Mengen für das nächste Vierteljahr gesichert seien.

Volles und Provinztelles.

Schierlein, den 8. Juli 1919.

** Ziegenchau. Wie uns der Vorstand des hiesigen Ziegenzuchtvereins mitteilt, hat dieser die Absicht, im August ds. Js. eine Preisziegenchau zu veranstalten. Der Zweck dieser außerordentlich nützlichen Veranstaltungen ist der Anreiz zur Zucht reinerer Tiere, die auch im allgemeinen Interesse liegt. Das Weitere soll in einer demnächst stattfindenden Versammlung besprochen werden.

** Für die heimkehrenden Kriegsgefangenen stifteten die Tanzschüler der Frau Julia Kuppel den Betrag von 50 Mark.

* Festsetzung der Ernteferien. Das Landratsamt hat auf Grund der Verfügung der Regierung im Einvernehmen mit den Herren Kreisschulinspektoren die Sommerferien für die Volksschulen in den Landorten und in den Städten mit ländlichen Verhältnissen im Landkreis Wiesbaden in folgender Weise genehmigt: In der Gemeinde Frauenstein vom 20. Juli bis einschließlich 2. August, Dohheim, Georgenborn 20. Juli bis 9. August, Firsheim, Hochheim, 20. Juli bis 10. August, Schierlein 20. Juli bis 16. August, Naurod 27. Juli bis 13. August, Eddersheim, Weibach und Wicker vom 27. Juli bis 16. August.

* Gartenarbeit im Juli. Im Juli beginnt im Obdarsien die Ernte des ersten Sommerobstes. Daneben ist am Spalierobst der zweite Sommerernte vorzunehmen. Außerdem muß sich die Aufmerksamkeit des Gartenbesizers auf die Bekämpfung der Obstschädlinge aller Art legen, die gerade jetzt notwendig ist. Dazu gehört das Anlegen von Insektenfanggürteln und Obstmadenfallen an den Obstbäumen, das Bekämpfen der Blattläuse durch Besprengen der Pflanzen mit Abkochung von Quassiarinde oder Zigarrenstummeln usw. An den Erdbeeren behäufelt man die Ausleger, wenn man für das kommende Jahr Pflanzennachzucht treiben will. Im Gemüsegarten werden sehr viel gewordene Beete sofort wieder neu durch Bepflanzen mit Wirsing, Kohlrabi und Winterkohl, auch durch Nachsäen von Spinat, selbst

Grüherbsen können nochmals nachgesät werden und liefern dann bis zum Herbst noch ganz annehmbare Erträge. An den Tomatenpflanzen entfernt man die Nebentriebe und bindet die Haupttriebe an Stöcke, weil jetzt die Fruchtbildung im Großen eintritt. Im Blumenarten kann man sich auf das Entfernen abgeblähter Pflanzen und einen gelegentlichen Düngung — etwa alle 14 Tage — beschränken. Man benutze, namentlich an heißen Tagen, zum Gießen stets abgehandeltes Wasser. Selbst ein geringer Zuschuß heißen Wassers, so daß das Gießwasser sich nicht mehr handkalt anfühlt, ist empfehlenswert.

* Gute Herbstausichten. Aus dem Rheingau schreibt man: Die Weinberge bieten zur Zeit einen wahrhaft herzerquickenden Anblick. Alle Städte zeigen einen sehr reichen Behang von kräftig entwickelten Trauben. Es scheint in der Tat, daß die Reihe der vorzüglichen Weinjahre, die unserem vorher so sehr zurückgekommenen Winter wieder so kräftig aufgehoben haben, in diesem Jahre um ein weiteres vermehrt werden sollte.

* Entschädigung für Besatzungskosten. Eine Mitteilung besagt, daß als Entschädigung für Besatzungskosten vom Staat bisher 159 Millionen Mark ausbezahlt und weitere 41 Millionen Mark angewiesen seien; Erhöhung auf den Betrag von 400 Millionen Mark sei beantragt. Hierzu wird mitgeteilt, daß in dem besetzten Teil des Regierungsbezirks Wiesbaden von den 159 Millionen Mark kein Pfennig geflossen zu sein scheint, wenigstens waren bisher alle Bemühungen um Ersatz oder auch nur um Vorschuß erfolglos.

* Das Bankgeheimnis. Die durch die Blätter gegangene Notiz über Aufhebung des Bankgeheimnisses zur Vermeidung der Steuerflucht, scheint vielfach falsch aufgefaßt worden zu sein. Es wird nämlich nicht allgemein das Bankgeheimnis gebrochen, sondern nur in solchen Fällen, wo der Verdacht einer Steuerflucht vorliegt. Die deutsche Staatsregierung hat ausdrücklich bekannt gegeben, daß sie auf diese Weise diejenigen Vermögenswerte erfassen will, die zwecks Steuerhinterziehung in die bedrohten Grenzgebiete oder ins Ausland verbracht werden sollen. Also nur dort, wo der begründete Verdacht einer Steuerflucht besteht, kann den Banken eventuell die Pflicht auferlegt werden, das Bankgeheimnis zu brechen. Für andere Leute besteht also absolut kein Grund zur Beunruhigung.

* Erhöhung der Postgebühren. Infolge der großen Steigerung der Kosten des Postfuhr- und Postdienstes hat sich die Notwendigkeit ergeben, die Gebühren für die Abtragung und Einsammlung der Postsendungen zu erhöhen. Vom 10. Juli an werden daher folgende Gebühren erhoben: Für die Einsammlung bei Vorausbezahlung durch den Absender für jede Briefsendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung oder Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 Pfennig, im Landbestellbezirk 1 Mark, für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pfennig, im Landbestellbezirk 1.50 Mark, für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mark. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern 1. Klasse für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 30 Pfennig, für jedes schwerere Paket 40 Pfennig, bei den übrigen Postanstalten (Postämter 2. und 3. Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 Kilo einschließlich 20 Pfennig, für jedes schwerere Paket 30 Pfennig, im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2½ Kilo einschließlich 20 Pfennig, für jedes schwerere Paket 40 Pfennig, für Postanweisungen und Zahlungsanweisungen bis 1500 Mark und Wertbriefe bis 1500 Mark für jede Sendung 10 Pfennig, für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mark für jede Sendung 20 Pfennig. Für die Einsammlung von Einschreibbriefsendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pfennig, für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pfennig, im Landbestellbezirk bis 2½ Kilo einschließlich 20 Pfennig und für schwerere 40 Pfennig für jede Sendung. Außerdem wird vom 1. Oktober an ein Zeitungsbestellgeld von monatlich 5 Pfennig für jede wöchentliche Abtragung eines Stüdes erhoben.

* Niederwalluf. Einen lebensgefährlichen Unfall erlitt ein junger Schiffer am hiesigen Ankerplatz am Rheine. Beim Verladen eines schweren Motors mittels eines Krans brach dieser und die aus mehreren Metern Höhe abfallende schwere Maschine traf den jungen Mann so unglücklich, daß er in sehr bedenklichem Zustande vom Plage getragen wurde.

Vermischtes.

Die Ehescheidung der Tankstumen. Wie aus New-York geschrieben wird, hat sich dieser Tage vor dem New-Yorker Obergericht ein einzigartiger Ehescheidungsprozeß abgespielt. Klägerpartei war der Ehemann. Die Begründung seiner Klage war böswillige Verlassung seitens seiner Ehefrau. Angeblich weigerie sich die Frau, in die eheliche Wohnung zurückzukehren. Aber das merkwürdige an dem Prozeß war, daß die Parteien kein einziges Wort hervorzubringen imstande waren. Sowohl der Ehemann wie die Ehefrau waren taubstumm. Zuerst versuchte es der Vorsitzende, sich mittels mündlicher Ausdrucksformen den beiden Parteien verständlich zu machen. Dies Vorhaben scheiterte jedoch an seiner Unmöglichkeit; er vermodte wieder die Parteien zu verstehen, noch sich den Parteien verständlich zu machen, sodah als letzter Ausweg nichts anderes übrig blieb, als sich schriftlich zu verständigen. Er schrieb also einen Bittel heraus mit den Worten: „Antworten Sie auf die Klage Ihres Mannes!“, und den händigte er der Ehefrau aus. Nun schrieb sie darunter: „Ich kann nicht länger mit ihm zusammenleben und hege den Wunsch, daß er mich gehen läßt.“ Darauf präsen-tierte der Richterbestand des Klägers noch seinem Mandanten eine lange Liste von einzelnen Fragen, damit er sie auf dieselbe Weise beantworte und der Gerichtshof wartete geduldig, bis der Kläger all die Fragen bearbeitet hatte. Als dann die Ehefrau diese Worte ihres Mannes zu lesen bekommen hatte, miante sie ein wenig wie eine Krage, gab aber kein Zeichen von sich, etwa agententlicher Meinung zu sein und so verständete

Der Kaiser die Schenung. Nach vierjähriger Trennung sich nun die beiden Gatten im letzten Stil schweigen. Die Pariser Mode. In dieser Zeit, wo die ganze Welt aus den Augen geraten ist und so vieles drunter und drüber geht, glaubt auch die Mode berechtigt zu sein, alle sonst üblichen und gesunden Anschauungen einer zweckmäßigen Kleidung auf den Kopf zu stellen. Die Mode ist in diesem Sommer ganz verrückt, und Paris ist der Mittelpunkt der größten Verwirrungen, so schreibt der Pariser Berichterstatter der „Times“: „Der erste kurze Mod, der erste bloße Arm, der erste tiefe Halsausschnitt beim Straßentouren riefen einen Sturm der Entrüstung bei den Männern hervor, und alle „gemäßigten“ empfindenden Frauen verhielten sich ablehnend. Heute sind alle diese Moden von der Gesamtheit angenommen, und nur noch die größten Übertreibungen werden zurückgewiesen. Wenn eine Dame in Longchamp in Soden anstatt in Strümpfen oder mit einer Fußbedeckung, die nur in ein paar seidenen Pantöffelchen ohne Strümpfe besteht, erscheint, so wird sie wohl noch nie und da angefaßt. Eine der Seltsamkeiten der neuen Mode ist auch die, daß sie Winter- und Sommerkleidung durcheinander wirrt. Die Frauen tragen die leichtesten Sommerkleider mit schwerem Winterpelz garniert, und zu den dünnsten Strümpfen gehört unbedingt ein Felleisenschut. Samt, der sonst der Winterdekoration vorbehalten war, ist gegenwärtig das beliebteste Material zum Besatz der Sommerkleider, und auch die großen Glodenhüte, die man trägt, sind aus weißem oder buntem Samt gefertigt. Natürlich sind die großen Hüte größer als je und die kleinen Toques so klein, daß sie nur auf dem Kopfwinkel balancieren.“

Kleine Chronik.

Blitzschlag. In Langensfeld bei Solingen schlug der Blitz in ein englisches Munitionslager ein, das in die Luft flog. Wie verschiedene Blätter melden, wurden dabei acht englische Soldaten getötet.

Feuersbrunst. Seit 1/5 Uhr Sonntag nachmittag brennt die einige hundert Meter lange Südhalle des Hauptbahnhofes mit dem Hauptbahnhof und mit ihr mehr als hundert Eisenbahnwagen fortgesetzt explodieren feuergefährliche Güter wie Benzin u. dergl. Der unglückliche Wind treibt die Funken dem Personenbahnhof zu und gefährdet auch diesen. Die Entstehungsurache ist unbekannt.

Unglücksfall. Beim Abmarsch der Reichswehrtruppen aus dem Wintergymnasium in Breslau explodierte durch einen unglücklichen Zufall eine Handgranate. Ein Offiziersstellvertreter und ein Soldat waren sofort tot; vier Soldaten starben an ihren Verletzungen, sieben Soldaten sind schwer verletzt.

Die Nationalversammlung.

Weimar, 5. Juli.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 2.15 Uhr. — Das Andenken des verstorbenen Mitgliedes Starosten (Soj.) ehrt das Haus in üblicher Weise. Die zweite Beratung des Verfassungsentwurfs wird fortgesetzt.

Die Bestimmungen über das Amt des Reichspräsidenten werden entgegen dem Antrag der Unabhängigen auf Streichung angenommen bis auf Artikel 41, über den später namentlich abgestimmt wird. Nach Artikel 45 schließt der Reichspräsident Bündnisse und Verträge mit auswärtigen Mächten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald ein Völkerbund mit dem Ziel des Ausschlusses aller Geheimverträge geschlossen ist, bedürfen alle Verträge mit den Völkerbundstaaten der Zustimmung des Reichstages.

Abg. Dr. Heinze (D. Vp.) begründet einen Antrag seiner Partei dahin, daß das Verfahren eines Reichsgesetzes viel zu kompliziert sei und erfordere so lange Zeit, daß eine Kriegserklärung vielleicht gemeinsam mit dem Friedensschluß erfolgen könnte. Es genüge, wenn für Kriegserklärungen einfach die Entscheidung des Reichstages erforderlich gemacht wird. — Ein Antrag Gröber (Zentr.) will gleichfalls die Bestimmung über den Völkerbund streichen, ebenso ein Antrag der Unabhängigen. Abg. Gröber (Ztr.) begründet seinen Antrag dahin, daß, nachdem Deutschland nicht sofort in den Völkerbund aufgenommen sei, wir gar keine Veranlassung hätten, einen Wechsel auf die Zukunft zu ziehen, sondern es wäre besser abzuwarten, bis wir in den Völkerbund aufgenommen seien und zogen dann die staatsrechtlichen Konsequenzen.

Abg. Cohn (U.S.): Der Antrag Heinze hat die Tendenz, die Kriegserklärung zu beschleunigen und zu erleichtern. Wir wollen das Gegenteil.

Abg. Kavenstein (Soj.) bittet, beide Anträge abzulehnen.

Der Antrag Heinze und der Antrag der Unabhängigen wird abgelehnt, der Antrag Gröber (Ztr.) wird angenommen. Artikel 45 wird mit dieser Änderung in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Nach Artikel 46 ernannt und entläßt der Reichspräsident die Reichsbeamten und Offiziere. Er kann das Ernennungs- und Entlassungsrecht durch andere Beamte ausüben lassen. Artikel 47 wird unverändert angenommen, ebenso Artikel 47, wonach der Reichspräsident den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reiches hat. Artikel 48 bestimmt: Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung oder den Reichsgesetzen obliegenden Pflichten nicht erfüllt, kann der Reichspräsident es dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten.

Abg. Kavenstein (Soj.) begründet einen Antrag, wonach der Reichspräsident verpflichtet sein soll, unverzüglich die Genehmigung des Reichstages einzuholen, wenn seine Maßnahmen aufheben, wenn der Reichstag seine Genehmigung verweigert. Außerdem soll er seine Maßnahmen nur treffen können „unter Verantwortlichkeit des gesamten Reichsministeriums“.

Nach einer uninteressanten Debatte wird Art. 48 in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Das Haus geht nunmehr zu der gestern ausgefertigten Abstimmung über Artikel 41 mit des Reichspräsidenten über.

Ein Antrag des Abg. Dr. v. Schulze-Gäver-nitz (Dem.) statt Reichspräsident zu sagen Reichswart, wird abgelehnt.

Entsprechend dem Antrage Stehr (Dem.) beschließt das Haus die Fassung, daß zum Reichspräsidenten wählbar ist jeder Deutsche, der das 35. Lebensjahr vollendet hat.

Nach Artikel 49 kann der Reichspräsident bei Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unter Verantwortung des Gesamtministeriums mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten und die zur Wiederherstellung der Sicherheit und Ordnung erforderlichen Maßnahmen treffen, zu einem bestimmten Teile auch die Grundrechte außer Kraft setzen. Die Genehmigung des Reichstages ist einzuholen. Die Maßnahmen sind aufzuheben, wenn der Reichstag die Genehmigung verweigert.

Ein Antrag Agnes (U.S.) fordert die Streichung des Artikels. Ein gemeinsamer Antrag der Abgeordneten Veyerte (Zentr.), v. Delbrück (Fisch. Vp.), Haas (Dem.) und Heinze (D. Vp.) schlägt eine Formulierung vor, wonach der Reichspräsident die nötigen Maßnahmen treffen erforderlichenfalls mit Hilfe der bewaffneten Macht einschreiten kann, ferner den Zusatz: Bei Gefahr im Verzuge kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilen Maßnahmen treffen, die Maßnahmen sind auf Verlangen des Reichspräsidenten außer Kraft zu setzen. Hierzu beantragt der Abg. Kavenstein (Soj.) hinter „auf Verlangen des Reichspräsidenten“ zu setzen: „oder des Reichstages“.

Abg. Dr. Veyerte (Ztr.): In bringenden Fällen müssen auch Maßnahmen von nachgeordneten Behörden und Landesregierungen getroffen werden können.

Abg. Kavenstein (Soj.): Wenn der Reichstag die Maßregel des Reichspräsidenten für ungültig erklären kann, so geht es nicht an, eine Ausnahme für die Landesregierung zu schaffen.

Abg. Dr. Cohn (U.S.): Artikel 49 würde einen Rechtszustand schaffen, der hinter dem von 1848 zurückbleiben würde.

Regierungskommissar Dr. Preuß: Auch der Abg. Dr. Cohn könnte ohne den Belagerungszustand nicht auskommen, das haben seine Partikulare in Bremen und München und anderen Teilen im Reich bewiesen. Der Entwurf legt die Verantwortung nicht mehr in die Hände der Militärbehörden, sondern in die des Reichspräsidenten und der Regierung. Die Unabhängigen könnten den Belagerungszustand überhaupt überflüssig machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Dr. Graf zu Dohna (D. Vp.), Abg. Dr. v. Delbrück (Fisch. Vp.) und Abg. Dr. Haas (Dem.) polemisieren gegen Dr. Cohn (U.S.).

Die Artikel, die den Reichsrat betreffen, werden mit Ausnahme der Artikel 62 und 64, die mit der Beschreibung über Artikel 18 verbunden werden sollen, unverändert angenommen.

Hierauf verläßt sich das Haus auf Montag.

Weimar, 4. Juli.

Am Regierungssitz: Freyberger, Dr. David.

Abg. Feuerbach (D. Vp.) stellt in einer kleinen Anfrage fest, daß die Löhne der Arbeiter bei der Post- und Eisenbahnverwaltung erheblich über die Gehälter der unteren und sogar der mittleren Beamten emporgeschossen sind. — Geh. Regierungsrat Saemisch bezeichnet den in der Anfrage geschilderten Zustand als richtig. Die gegenwärtigen Verhältnisse müssen als vorübergehende angesehen werden. Der Abbau der Arbeiterlöhne stehe bei Einlen der Preise außer Frage.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Lesung der Verfassungsvorlage.

Artikel 25 sieht die Auflösung des Reichstages durch den Reichspräsidenten vor. Die Neuwahlen sollen spätestens am 60. Tage nach der Auflösung stattfinden.

Abg. Haase (U. S.) befürwortet den Antrag seiner Partei, die Neuwahlen spätestens am 30. Tage nach der Auflösung vorzuschreiben.

Nach kurzer Debatte wird Artikel 25 unter Ablehnung des Antrages Haase angenommen.

Nach Artikel 26 wählt der Reichstag seinen Obmann, dessen Stellvertreter und seinen Schriftführer. Abg. Haase (U. S.) beantragt statt Obmann wieder einzusetzen: Präsident.

Mit großer Mehrheit wird der Antrag Haase angenommen.

Nach Artikel 31 soll die Wahlprüfung durch ein Wahlprüfungsgericht vorgenommen werden, das aus Mitgliedern des Reichstages, Mitgliedern des Reichsverwaltungsgerichts besteht. Abg. Agnes und Genossen beantragen, die Wahlprüfung wie bisher durch den Reichstag selbst vornehmen zu lassen.

Die Fassung des Ausschusses wird angenommen.

Hierauf werden die gestern ausgefertigten Bestimmungen vorgenommen. Beim Abkündigen „Reichstag“ wird das Wahlalter von 20 Jahren gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Der Antrag des Verfassungsausschusses, der die Dauer der Legislaturperiode auf drei Jahre festlegt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 142 Stimmen abgelehnt. In der Minderheit stimmten die beiden sozialistischen Parteien und ein Teil der Demokraten. In gewöhnlicher Abstimmung wurde darauf von derselben Mehrheit die fünfjährige Legislaturperiode angenommen.

Artikel 32 über die Beschlußfähigkeit des Reichstages wird nach einem gemeinsamen Antrag der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten dahin geändert, daß die Beschlußfähigkeit durch die Geschäftsordnung geregelt werden soll. Zu Artikel 33 über die Rederechtigung der Regierung im Reichstage beantragt Abg. Gröber (Zentrum) den Fortfall des Wortes „jederzeit“, da es nicht angehe, daß Tugenden von Personen im Reichstage jederzeit das Wort nehmen können. Der Artikel wird in dieser Weise verändert angenommen.

Artikel 33 wird unter Ablehnung aller Abänderungsanträge angenommen. Der Antrag Haase (U.S.) auf Einfügung eines Artikels 35a wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Artikel 34 und 35 werden unverändert angenommen. Die Abstimmung über Artikel 38, Zeugnisverweigerungsrecht der Abgeordneten, wird wegen eines verspätet eingegangenen Antrags Abg. verschoben.

Zu Artikel 41 (Wahl des Reichspräsidenten) beantragen die Deutschnationalen statt „mindestens zehn Jahre Deutscher“ zu sagen, „der als Deutscher geboren ist“ und einzufügen: „Bei Stimmen-

Gleichheit entscheidet das Los.“ Die Unabhängigen beantragen das Amt des Reichspräsidenten überhaupt zu beseitigen.

Abg. Dr. Philipp (Fisch.): Die Stellung des Reichspräsidenten kann nicht mächtig genug sein. Der Reichspräsident ist die beste Sicherung gegen absolutistische Gesetze; aber er darf nicht ein ausgesprochener Parteimann sein.

Abg. Haase: Wir wollen überhaupt keine persönliche Spitze, die sich irgendwie zu einem persönlichen Kieg ment ausbilden könnte.

Abg. Dr. Cohn (Soj.): Die Rechte hat hier wieder in sehr unschöner Weise den Haß gegen den Aufstieg der Volksmehrheit in leitende Stellungen zum Ausdruck gebracht.

Nachdem Abg. Heinze (Deutsche Vp.) für die Beibehaltung des Reichspräsidenten eingetreten ist, wird die Besprechung geschlossen.

Abstimmung morgen. Nächste Sitzung Samstag 11 Uhr nachmittags. Weiterberatung. Schluß 7 1/2 Uhr.

Der Kellereinsatz.

Der Kellereinsatz der Nationalversammlung beschloß die Beratung der Verfassungsvorlage am Montag zu unterbrechen und vom Dienstag ab die Tagesvorlage in erster Lesung zu erledigen. Es ist in Aussicht genommen, nur eine Rednergarnitur zu Wort kommen zu lassen.

Theater-Spielplan.

Residenz-Theater in Wiesbaden.

Vom 9. bis 12. Juli 1919.

Mittwoch, „Schwarzwaldmädel“. (Halbe Preise). Anf. 7 1/2 Uhr.
Donnerstag, „Die deutsche Susanne“. Anfang 7 1/2 Uhr.
Freitag, „Der fidele Bauer“. Anfang 7 1/2 Uhr.
Samstag, „Kommt ein schlanker Bursch gegangen...“. Anfang 7 1/2 Uhr.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Margarine.

Donnerstag, den 10. ds. Mts.

Kndet auf dem Rathause die Ausgabe von Margarine und zwar für den

4. Brodkartenbezirk von	8 bis 9 Uhr
1.	10 „ 10 „
2.	10 „ 11 „
3.	11 „ 12 „

Es werden auf jedes Familienmitglied 125 Gramm Margarine ausgegeben. 125 Gramm Margarine kosten 50 Pfennig. Brodkartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen. Milchlieferanten sind von der Ausgabe ausgeschlossen. Die Bezirke sind genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen. Gleichzeitig wird auch Krankenbutter gegen Vorlegung freizüglicher Atteste mit ausgegeben.

Schierstein, den 7. Juli 1919.

Der Bürgermeister: Schmidt.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Bleibrich, Rathausstrasse 14.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder. Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild.

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr. Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet.

Kleines Haus

zu kaufen gesucht. Georg Schönmeier.



Der Reiter lange Stiefel trägt, Mit Erdal werden sie gepflegt!

Erdal

schwarz — gelb — braun

Aleinhersteller:

Warner & Mertz, Mainz.

3 bis 4 Zimmerwohnung

evtl. mit Garten, für 1. August oder 1. September von Beamten mit 1 Kind zu mieten gesucht.

Offerten an die Geschäftsstelle.

3-Zimmerwohnung

mit oder ohne Laden sofort oder später zu mieten gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Schides, seidenes Kleid, (Größe 42—44)

noch nicht getragen, zu ver-
Näh. in der Geschäftsstelle.

Ein heller, verschleißbarer Raum

zum Unterstellen von Möbeln gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

1 Paar neue Herrenstiefel

Größe 41, preiswert zu verkaufen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle.